

Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung"

Gross, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gross, P. (1989). Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung". In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 399-401). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-147108>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Natur sein. Aus den beiden skizzierten anthropologischen Grundannahmen ergeben sich je zwei ethische Varianten:

A1: Ich bin solidarisch, weil *die Interessen der andern eigentlich meine Interessen sind*. Als homo oeconomicus beispielsweise orientiere ich mich ausschliesslich an meinen subjektiven Präferenzen und Kosten. "Metapräferenzen" (A. O. Hirschman), die diesen Präferenzen entgegenstehen können, gibt es nicht.

A2: Ich bin solidarisch, weil *es (auch) um die Interessen, Rechte etc. der andern geht, die nicht notwendigerweise mit meinen eigenen Interessen identisch sind*. Diese Auffassung kann z.B. auf einem individualistischen Konzept von Grundrechten basieren. Solidarität erfordert im Grunde genommen einen heroischen Kraftakt. Als Vertreter dieser Sichtweise möchte ich z.B. Jon Elster zählen.

B1: *Solidarität ist möglich*, weil wir *relational* miteinander verbunden sind, gemeinsame Interessen haben und die Interessen der andern auch zu meinen eigenen Interessen werden können.

B2: Es besteht ein *dialektisches* Verhältnis: indem ich mich solidarisiere, individualisiere ich mich. Indem ich aus mir heraustrete, finde ich eine stärkere eigene Identität. (Nicht aber umgekehrt: indem ich mich individualisiere, solidarisiere ich mich.)

3. *Bedeutung für die Fundierung der Mischkonzeption von Äquivalenzprinzip und Solidarprinzip*

Eine längerfristige, stabile Sozialpolitik aufgrund der Mischkonzeption muss scheitern, wenn sie auf der ethischen Fundierung A1 basiert. Aber auch die Fundierung A2, die im Grunde genommen eine heroische Ethik verlangt, muss längerfristig erodieren. Das Nein zur Mutterschaftsversicherung muss vermutlich im Sinne der Variante A1 oder A2 interpretiert werden.

Nur ein *relationaler* Ansatz ermöglicht eine längerfristige Sozialpolitik im obigen Sinn. Die Fundierung B1 ist möglich und tragfähig, die Fundierung B2 zugleich auch attraktiv, insofern Solidarität und Individualisierung einander dialektisch verstärken.

Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung"

Peter Gross (Bamberg)

1. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich das Schlagwort "Individualisierung" auch Eingang in die sozialpolitische Debatte verschaffen konnte. Es rangiert neuerdings oben in der soziologischen Theoriediskussion. Es trifft sich mit verwandten Ansätzen in der Konsumforschung. Es spiegelt die Apotheose des Individualismus in der Literatur und in der Kunst, insbesondere im Film. Es segelt nicht zuletzt im Aufwind eines Bewusstseins, das sich angesichts der Multi-

optionsgesellschaft und des Verlusts von Massstäben und Traditionen auf sich selbst zurückgeworfen fühlt.

Andererseits ist der Einzug dieses Begriffes in die sozialpolitische Diskussion merkwürdig. Scheint er doch mit der normativen Leitidee sozialstaatlicher Politik, nämlich mit Solidarität, nicht kompatibel. Das Prinzip der Solidarität verlangt in Not- und Gefahrenfällen zusammenzuarbeiten, zu helfen, verlangt den gemeinschaftsorientierten, nicht den gemeinschaftsblinden, verlangt den nicht sich selber in den Vordergrund stellenden, sondern den für andere Verantwortung übernehmenden Menschen. Was also lässt sich mit dem Begriff der Individualisierung anfangen?

2. Ich sehe die Möglichkeit, ihn auf den in der sozialpolitischen Diskussion ziemlich randständigen, ja verpönten Begriff der Selbst- und Eigenverantwortung zu beziehen. Mit der Aufklärung, sagt man, hat sich das Individuum aus den verrosteten Ketten von Stand und Kirche gelöst. Es wurde aufgefordert, autonom zu handeln und sein Tun und Lassen selbst zu verantworten. Die Zugkräfte der Industrialisierung haben, wie wir wissen, das Individuum nicht nur frei, sondern vogelfrei gemacht, es auch aus den traditionellen Hilfebezügen herausgelöst.

Der Wohlfahrtsstaat ist im Prinzip die Antwort auf die nicht verantworteten und nicht verantwortbaren Nöte des modernen Menschen. Nach dem Prinzip der Inklusion sind im Verlauf der letzten hundert Jahre immer mehr Risiken als nicht individuell zu verantwortende der staatlichen Kompensation überantwortet worden. Heute erscheinen die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen, weil selbstverständlich geworden, erkaltet. Der materielle Lebensstandard hat sich gehoben. Die Optionen der Lebensgestaltung haben sich vervielfacht. Erneut haben sich Traditionen abgeschliffen. Institutionen, Organisationen, Bürokratien, Ökonomien sind zur zweiten Natur geworden. Deshalb scheint sich, auf einem anderen Niveau, die Frage nach der Eigenverantwortung, nach dem eigenverantworteten Handeln erneut zu stellen. Damit stellt sich auch die Aufgabe, zu prüfen, ob es über die Solidarität hinaus eine Selbstverantwortung gibt, die vermittelt oder unvermittelt letztlich auch Solidarität gegenüber den anderen in sich birgt. Es ist bislang nicht gelungen, diese Möglichkeit der Sozialität, sich selber zu helfen, um anderen zu helfen oder um andere zu entlasten, zu entwickeln.

3. Die Theorie der Sozialpolitik bietet dazu keinen Beistand. Auch wenn von Selbsthilfe geredet wird, wird darunter gemeinschaftliche Selbsthilfe verstanden, und Subsidiarität endet in den verwandtschaftlichen Netzwerken. Auch die Soziologie hat ein intentionalistisches Vorurteil. Soziales Handeln ist zwar nicht helfendes Handeln, aber auf andere gerichtetes oder am anderen ausgerichtetes Handeln. Aber man hält sich selbst in Ordnung, man beschäftigt sich mit sich selbst, man muss mit sich selbst fertig werden usw. Gibt es eine Möglichkeit, die Solidarität in einem Handeln enden zu lassen, das sich zunächst nicht anderen, sondern sich selbst verantwortlich ist?

Wenn heute von dualer Herstellung sozialer Sicherheit gesprochen wird, oder von der Notwendigkeit eines "welfare mix", so endet die Bedürftigkeitsanalyse bei

der Bedürftigkeit nach Hilfe von anderen und die Bedarfsausgleichssystemkette bei den unmittelbaren Hilfesystemen der Familie, nicht beim selbstverantwortlichen Individuum. Man muss mit anderen Worten darüber nachdenken, ob und wo und für was man selbst, wirklich selbst verantwortlich ist. Und man muss sich darüber im klaren sein, dass die Selbstverantwortlichkeit im Grundsatz auch die weiterhin notwendige aber nicht immer nötige, wenn sich die Menschen mehr selber helfen würden, Fremdhilfe entlastet. Wie?

4. Selbstverständlich gibt es Risiken und Nöte, die nicht ich selber, sondern andere verursacht haben und darum im Prinzip auch von den anderen oder gesellschaftlich kompensiert werden müssen, obwohl der nicht verantwortliche einzelne ebenfalls dazu beitragen kann, einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu geben, ja - in den modernen Wohlfahrtsstaaten - über Versicherungsbeiträge und Steuern auch muss (dies meint im Grunde gesellschaftliche Kompensation!). Auf der anderen Seite gibt es Risiken, die ich selber verursacht habe und wo die Leitlinie sein könnte, sie auch selber zu verantworten, also den Verursacher mit seiner selbstverursachten Not allein zu lassen, was aber ebenso schwer einzuhalten ist, da gerade in selbstverschuldete Not Geratene ebenso oft nicht mehr in der Lage sind, sich selber zu helfen. Die Leitlinie, dass der Verursacher von Problemen für deren Beseitigung aufzukommen hat, ist nicht nur aus den genannten Gründen nicht praktikabel, sondern auch darum, weil im Einzelfall die Zurechnung der Verantwortung alles andere als einfach ist.

Etwas näher an der gegebenen sozialpolitischen Praxis läge eine Strategie, welche die materiellen Risiken vergesellschaftet (Arbeitslosigkeit, Alter), die immateriellen (Krankheit) aber eher individualisiert. Auch diese Leitlinie ist im einzelnen Krankheitsfall z.B. schwer einzuhalten, ausserdem sind in der alltagspraktischen Einschätzung die materiellen Risiken (z.B. Arbeitslosigkeit) selbst-, Krankheiten aber unverschuldet.

5. Ein gangbarer Weg wäre indes der folgende: Das Einzelindividuum ist präventiv gefordert. Es hat selbstverständlich soviel vorzukehren und zu unternehmen, dass der gesellschaftliche Kompensationsapparat sich gar nicht in Bewegung setzen muss. Das bedeutet nicht nur, die Zähne zweimal täglich zu putzen, mässig zu trinken und Sport zu betreiben. Das bedeutet auch eigenverantwortliche Vorsorge im Sinne einer Null-Option, eine Nein-Danke-Strategie gegenüber den weitgeöffneten Armen sozialpolitischer Dienstleistungskirchen wie dem Gesundheitswesen: nicht Präventivmedizin, sondern Prävention von Medizin. Es fordert auf, die Fähigkeit auszubilden, sich selber zu helfen, um anderen zu helfen und um andere nicht zu beanspruchen. Das ist leicher gesagt als getan. Aber das Eindringen des Individualisierungsbegriffs in die sozialpolitische Debatte regt an, darüber nachzudenken.